

Nun ist die Regierung plötzlich für die Gratiskuvverts

In Zukunft sollen die Wahl- und Abstimmungskuvverts bereits vorfrankiert an die Stimmbürger verschickt werden. Im vergangenen Jahr war die Regierung noch gegen diesen Service, jetzt preist sie das Unterfangen.

von Andri Nay

Die Regierung hat geliefert. Im Auftrag des Grossen Rates verabschiedete sie am Dienstag die Botschaft zur Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte. Darin steht: In Zukunft sollen Abstimmungen und Wahlen für alle gratis sein. Sprich, zukünftig muss auch bei brieflicher Abstimmung via Post das Antwortkuvert nicht mehr frankiert werden.

Das Kuvert wird – geht es nach der Regierung – vorfrankiert an alle Haushalte verschickt. «Das soll die Motivation bei der Stimmbevölkerung erhöhen, sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen», erklärte Regierungsrat Mario Cavigelli am Dienstag im Medienhaus.

Nie «resolut dagegen»

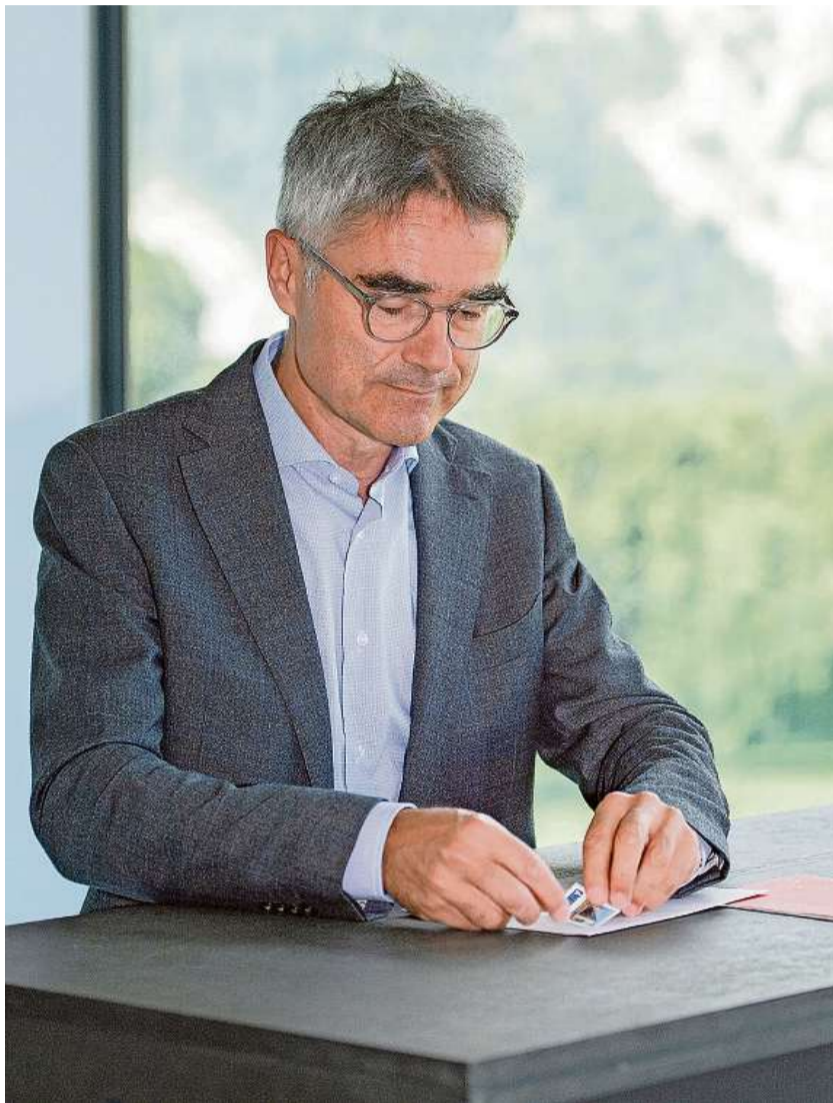
Cavigelli pries die Gratisfrankatur gleich weiter: «Es gibt nur positive Argumente zur Vorlage.» Auch die jährlich geschätzten Kosten von maximal 363 000 Franken sieht der Regierungsrat in einem «guten Kosten- und Nutzenverhältnis». «Das ist ein Betrag, den wir uns im Interesse der Demokratie leisten können», so Cavigelli.

Dies hatte noch ganz anders getönt vor gut anderthalb Jahren, bevor der Grosse Rat im Juni 2020 über den Auftrag beriet. Damals erteilte die Regierung dem Auftrag im Vorfeld der Beratung eine Abfuhr. Sie begründete dies mit zu hohen Kosten und zu wenig Nutzen. Auch schrieb sie damals in ihrer Antwort von «nicht unerheblichen, wiederkehrenden Kosten».

Was nun? Hat die Regierung den Nutzen der vorfrankierten Kuvverts im Prozess des Vernehmlassungsverfahrens eingesehen? Cavigelli antwortete darauf: «Resolut dagegen waren wir damals nicht.» Er sagte, die Haltung der Regierung gegenüber der Vorlage habe sich in den vergangenen anderthalb Jahren nicht gross geändert, und: «Die Gratisfrankaturen waren ein dringlicher Wunsch aus dem Parlament.»

Den Initianten freut's

Sei's wie's sei: Den Initianten des Auftrags, Nicola Stocker, ehemaliger Präsi-



Der Kanton bezahlt: Regierungspräsident Mario Cavigelli klebt symbolisch eine Briefmarke auf ein Abstimmungskuvert, da der Kanton die Kosten für die Frankatur in Zukunft übernehmen will – und das gleich als A-Post.

Bild Livia Mauerhofer

Datamatrix

Die Frankatur auf den Abstimmungskuvverts soll mit einem sogenannten **Datamatrix-Code** erfolgen, den die Gemeinden unterhalb der Adresse auf dem Stimmrechtsausweis drucken können, wie der Botschaft zu entnehmen ist. Auf diese Weise könne auch eine andere Verwendung der vom Kanton bezahlten Frankatur praktisch ausgeschlossen werden. (nan)

dent der jungen SVP und heute Grossratsstellvertreter, freut es, dass die Regierung die Botschaft zur Teilrevision in seinem Sinne verabschiedet hat. Denn auf Anregung von ihm, drei Parteien und vier Gemeinden entschied sich die Regierung dafür, sogar A-Post und nicht nur wie angedacht B-Post auf den Kuvverts zu finanzieren. Sprich, das vorfrankierte Antwortkuvert kann auch noch am Freitag vor der Abstimmung in den Briefkasten geworfen werden und sollte trotzdem noch rechtzeitig bei der Gemeinde ankommen. «Ich finde das toll, die Regierung geht aufs Ganze», so Stocker.

Stocker brachte das Anliegen bereits im Juli 2019 aufs politische Tapet als Teil eines Massnahmeplans der jungen SVP Graubünden zur Erhöhung der Stimmbeteiligung. Damals verwies er auf eine Studie, die herausgefunden hatte: Mit Gratiskuvverts kann die Stimmbeteiligung um rund zwei Prozent erhöht werden. Über SVP-Grossrat Roman Hug brachte er das Begehren dann in das Bündner Parlament. Der Auftrag von Hug wurde mit 61:50 Stimmen an die Bündner Regierung überwiesen.

«Es gibt nur positive Argumente zur Vorlage.»

Mario Cavigelli
Regierungspräsident

«Es macht mich auf jeden Fall stolz, dass die vorfrankierten Abstimmungskuvverts nun kommen sollen», so Nicola Stocker. Seit bald drei Jahren sei er am Thema dran. «Ich habe den ganzen politischen Prozess begleitet.» Er habe gelernt: Wenn man hartnäckig ist und viel Zeit investiert, kann man etwas erreichen. Auch die Ablehnung vonseiten der Regierung habe ihn damals nicht entmutigt. «Die Vorlage ist im Parlament breit abgestützt.»

Nochmal vors Parlament

Darum sind sowohl Stocker wie auch Cavigelli überzeugt, dass die Teilrevision im Dezember ohne Probleme durch den Grossen Rat kommen sollte. Auch mit einem allfälligen Referendum rechnen die beiden nicht. Dieses könnte während 90 Tagen nach Beschluss des Grossen Rats eingereicht werden. Und so können die Gratiskuvverts laut Cavigelli voraussichtlich ab Mitte nächsten Jahres an die Stimmbürgerinnen und -bürger versendet werden.

Zweitwohner-Verein öffnet sich

Neu können auch einheimische Ferienwohnungsbesitzer Mitglieder der IG Tujetsch werden.

von Jano Felice Pajarola

Der Beschluss wurde an der Mitgliederversammlung der IG von vergangener Woche in Sedrun gefällt: Auch Personen mit Wohnsitz in der Gemeinde Tujetsch können in Zukunft die Vereinsmitgliedschaft erhalten. Immer wieder hätten sich auch Einheimische, die Ferienwohnungen vermieten würden, der IG gegenüber offen gezeigt, wird die Öffnung in einer Medienmitteilung begründet. Ausserdem habe sich der 2015 gegründete Verein – er zählt heute beinahe 350 Mitglieder – gut etabliert und positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit einheimischen Organisationen und Institutionen gemacht.

«Wir gehen davon aus, dass an unseren Zielen und an unserer Arbeit interessierte einheimische Zweitwohnungsbesitzer eine Bereicherung für unsere IG sein können», wird Vereinspräsidentin Vreni Müller-Hemmi in der Mitteilung zitiert.

Silberdistel für eine Gastgeberin

An der Versammlung vergeben wurde der Tourismuspreis Silberdistel für besonders geschätzte Angebote in der Destination. Nach einer Vorauswahl durch eine Jury hatten sich fast 60 Prozent der Mitglieder an der endgültigen Wahl beteiligt. Die meisten Stimmen erhielt gemäss Mitteilung Gastgeberin Sabine Keller von der «Tegia Las Palas» in Milez. Weitere Auszeichnungen gingen an die Metzgerei Curschellas und an den Kinderspielplatz Fontauna.

Im Amt bestätigt wurde der Vorstand um Müller-Hemmi. Informiert wurde über den Rücktritt von IG-Vertreter Christoph Marugg aus dem Verwaltungsrat der Sedrun Disentis Tourismus AG (SDT). Grund für die Demission war der Konflikt um die Gästekarte (Ausgabe vom 17. Mai). Die beiden IG von Tujetsch und Disentis verfügen damit vorderhand über keine Vertretung im Verwaltungsrat von SDT mehr. Inzwischen habe sich eine Delegation der beiden IG mit Silvio Schmid getroffen. Schmid leitet die SDT-Arbeitsgruppe, die ein neues Konzept für die Gästekarte erarbeiten soll.

Die Form der Steine macht das Risiko aus

Am Flüelapass haben Forschende in den vergangenen vier Jahren Steinschlag-Feldversuche durchgeführt. Nun liegen die Ergebnisse vor.

Das Risiko durch einen Steinschlag hängt mehr von der Form des fallenden Brockens ab als von dessen Masse. Forscher haben herausgefunden, dass würfelförmige Steine in der Falllinie zu Tal donnern. Einem Rad ähnliche Steine sind potenziell gefährlicher. Denn diese drehen beim Sturz häufig auf eine Seite weg und können damit einen viel breiteren Bereich am Fuss des Hanges gefährden. Das haben Forschende des WSL-Instituts für Schnee- und Lawinenforschung SLF und der ETH Zürich herausgefunden.

Die Resultate ihrer Steinschlag-Experimente veröffentlichten sie in der Fachzeitschrift «Nature Communications». Mit den Messdaten könnten Berechnungsprogramme geeicht und weiterentwickelt werden, um die Realität besser abzubilden, hiess es im Com-



Experiment: Einer der Betonsteine rollt am Flüelapass den Hang hinunter. Bild Olivia Aebli-Item

munique vom Montag. Die Modelle, mit denen die Gefahrenlage bisher berechnet wird, können laut Mitteilung nicht genügend berücksichtigen, welche Rolle Masse, Grösse und Form des Steines für die Gefährdung spielen. Mit den vier Jahre lang durchgeführten Steinschlag-Experimenten hat das geändert. «So konnten wir den bisher grössten Satz an Messdaten zusammentragen», liess sich Andri Caviezel, SLF-Forscher und Hauptautor der Studie, zitieren.

Künstliche Steine aus Beton

Das Forschungsteam verwendete künstliche Steine aus Beton, an denen sie Sensoren anbrachten (diese Zeitung berichtete). In der Nähe des Flüelapasses liessen sie die Brocken einen Hang hinabrollen. Sie verglichen dabei ver-

schiedene Formen und Massen, rekonstruierten Flugbahnen und bestimmten Geschwindigkeiten, Sprunghöhen und Auslaufbereiche.

Welche Richtung ein fallender Stein nimmt, hängt in erster Linie von der Form ab. «Das muss bei der Einschätzung von Gefahrenzonen berücksichtigt werden, aber auch bei der Platzierung und Dimensionierung von Steinschlagnetzen», sagt Caviezel weiter. Denn radähnliche Brocken prallen mit der schmalen Seite ins Netz. Damit konzentriert sich die Energie auf eine grössere Fläche im Vergleich zum würfelförmigen Klotz.

Bis 2670 Kilogramm schwer

183 Betonblöcke rollten oder stürzten für die Versuche talwärts; sie waren 45, 200, 800 oder 2670 Kilogramm schwer.

Knapp 1400 Aufschläge konnten die Forschenden verwerten. Insgesamt wurden 82 Flugbahnen rekonstruiert. Die höchste erreichte «Sprunghöhe» betrug 11,1 Meter; die höchste Geschwindigkeit 109 Kilometer in der Stunde.

Die Daten des Experiments fliessen nun in ein Simulationsprogramm des SLF ein. Ziel ist, auch herauszufinden, wie Aufprall und Absprung vom Boden die Geschwindigkeit beeinflussen, mit der ein Stein bergab rollt.

Der Datensatz soll auf der Plattform «Envidat» künftig auch anderen Forschenden frei zugänglich sein. Sie könnten damit eigene Algorithmen kalibrieren oder neue Modelle entwickeln, welche die Realität noch genauer als bisher abbilden und den Schutz vor Steinschlag verbessern. (sda)